

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag von DIA

November

The logo for INSA CONSULERE features the word "INsa" in a bold, red, sans-serif font, with the "s" being lowercase. Below it, the word "CONSULERE" is written in a bold, blue, sans-serif font. To the left of the text is a vertical blue bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that is split into a red top half and a blue bottom half.

INsa
CONSULERE

Feldzeit:

25.11. – 28.11.2022

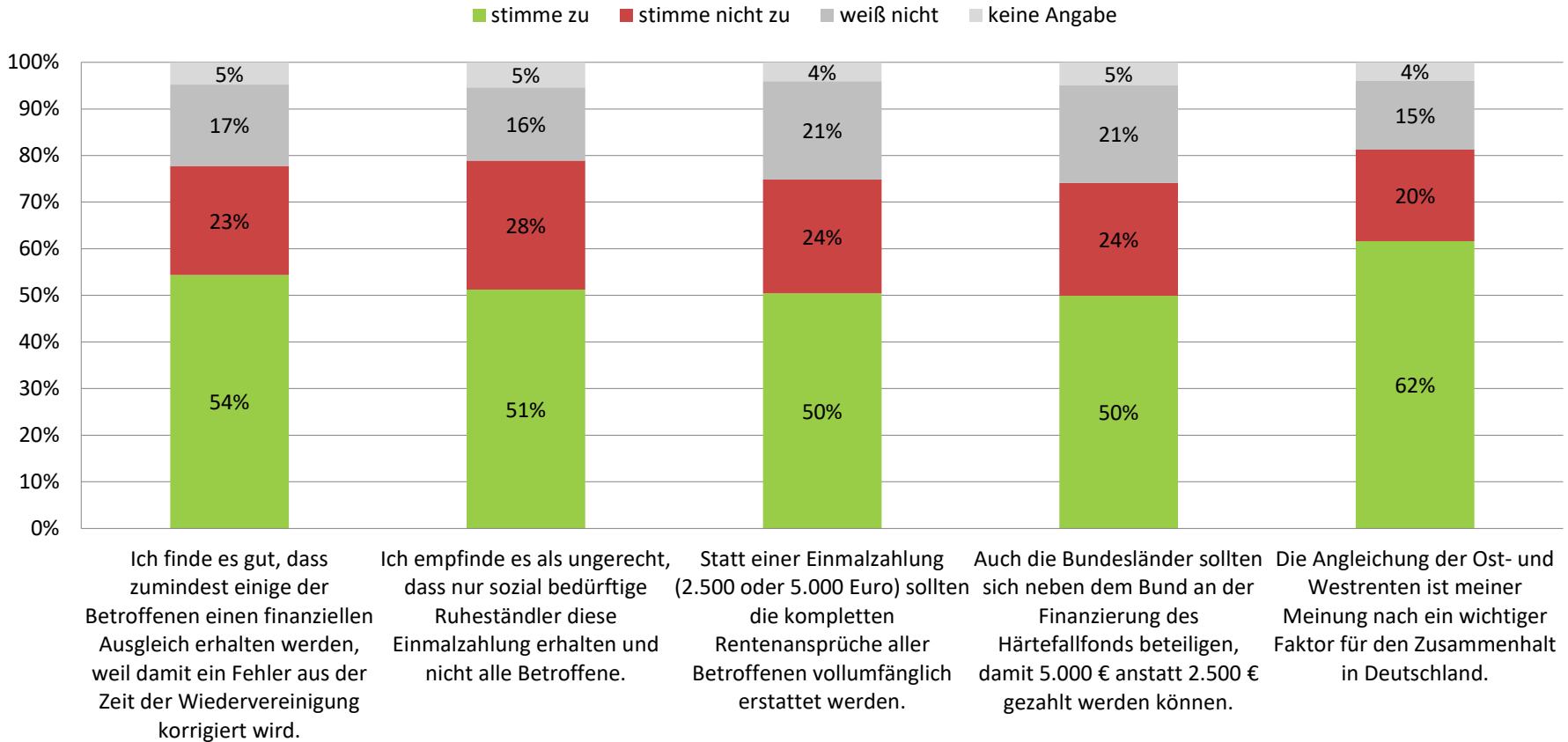
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia.

Stichprobe:

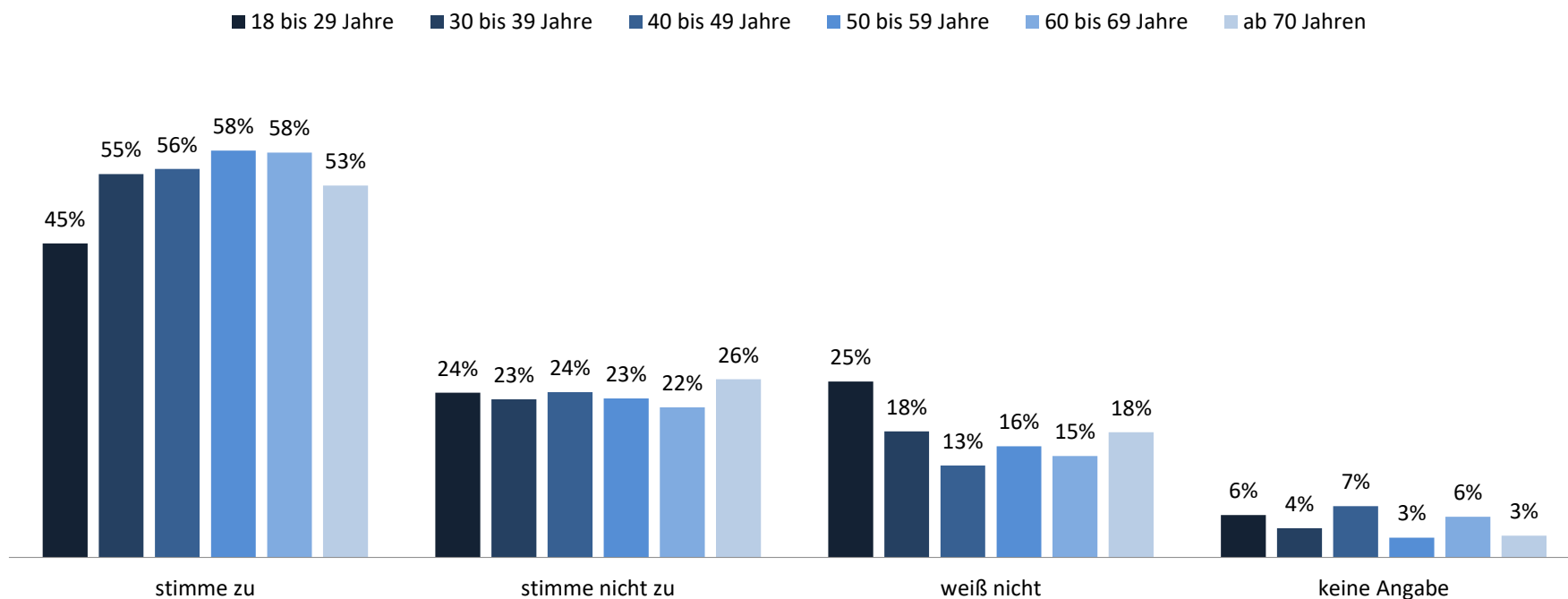
2.006 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?



Die Befragten stimmen sämtlichen Aussagen in Bezug auf den Härtefallfonds absolut-mehrheitlich zu, wobei dieser Anteil bei der Aussage, dass man die Angleichung der Ost- und Westrente als einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland empfindet, am höchsten ist (62 %), gefolgt von der Aussage, dass man es gut findet, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden (54 %) und der Aussage, dass man es als ungerecht empfindet, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlung erhalten und nicht alle Betroffenen (51 %). Eine vollumfängliche Auszahlung der Rentenansprüche fordern 50 Prozent der Befragten, genau wie eine finanzielle Beteiligung der Bundesländer, sodass der Härtefallfonds auf 5.000 Euro erhöht werden kann.

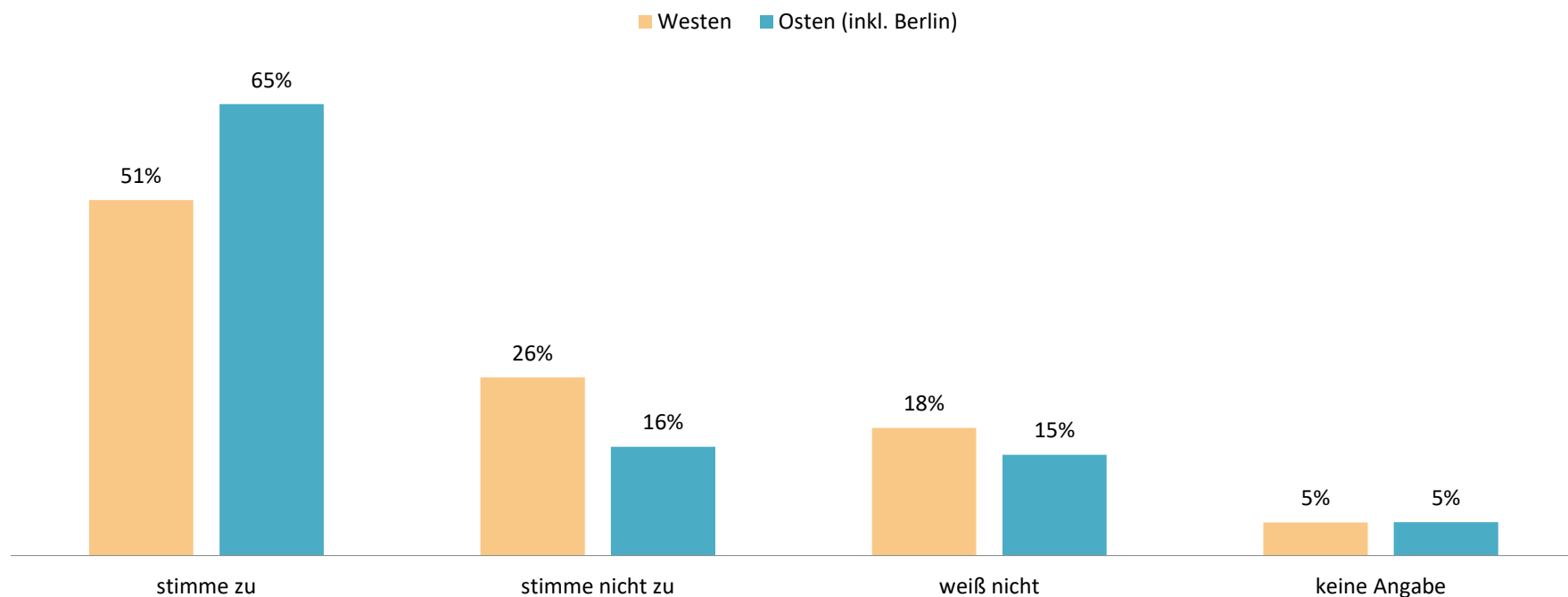
Ich finde es gut, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden, weil damit ein Fehler aus der Zeit der Wiedervereinigung korrigiert wird.



Sämtliche Altersgruppen finden dies jeweils mehrheitlich gut (45 – 58 %). 18- bis 29-jährige Befragte geben dies seltener als, wobei sie jedoch gleichzeitig deutlich öfter keine Antwort wissen (25 zu 13 – 18 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Ich finde es gut, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden, weil damit ein Fehler aus der Zeit der Wiedervereinigung korrigiert wird.

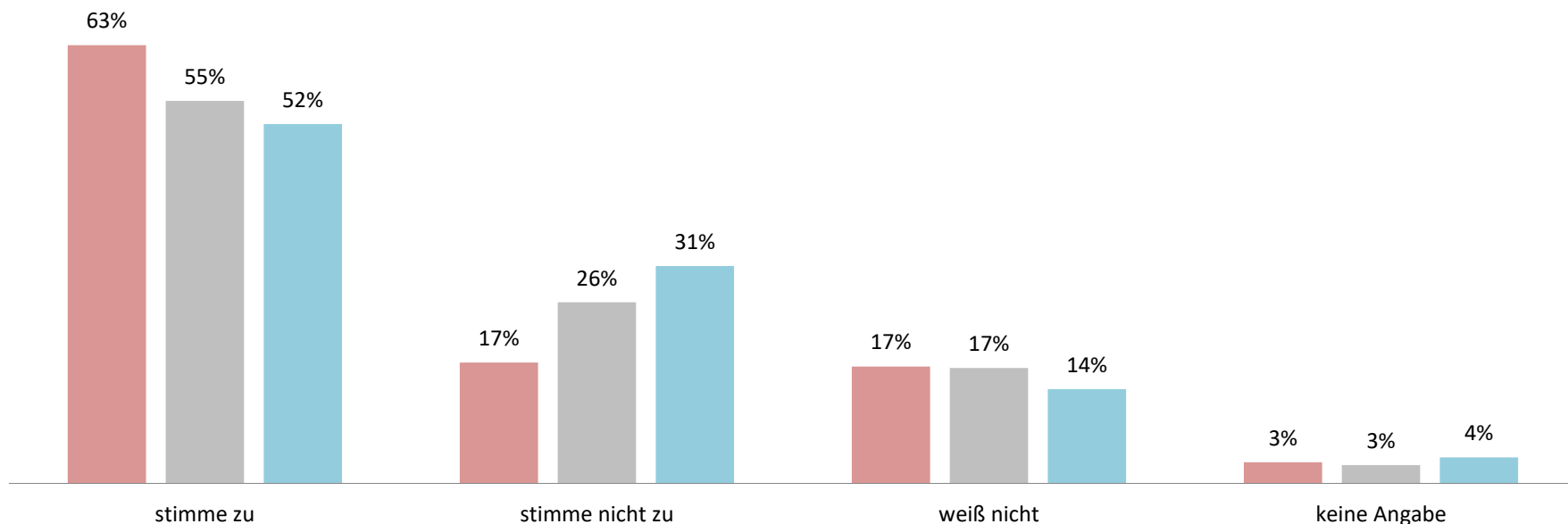


Auch wenn sowohl Befragte aus dem Westen als auch aus dem Osten Deutschlands der Aussage, dass man es gut findet, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten, jeweils absolut-mehrheitlich zustimmen, tun dies Befragte aus dem Westen deutlich seltener als jene aus dem Osten Deutschland (51 zu 65 %). Entsprechend häufiger äußern sie das Gegenteil (26 zu 16 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Ich finde es gut, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden, weil damit ein Fehler aus der Zeit der Wiedervereinigung korrigiert wird.

■ links der Mitte ■ Mitte ■ rechts der Mitte

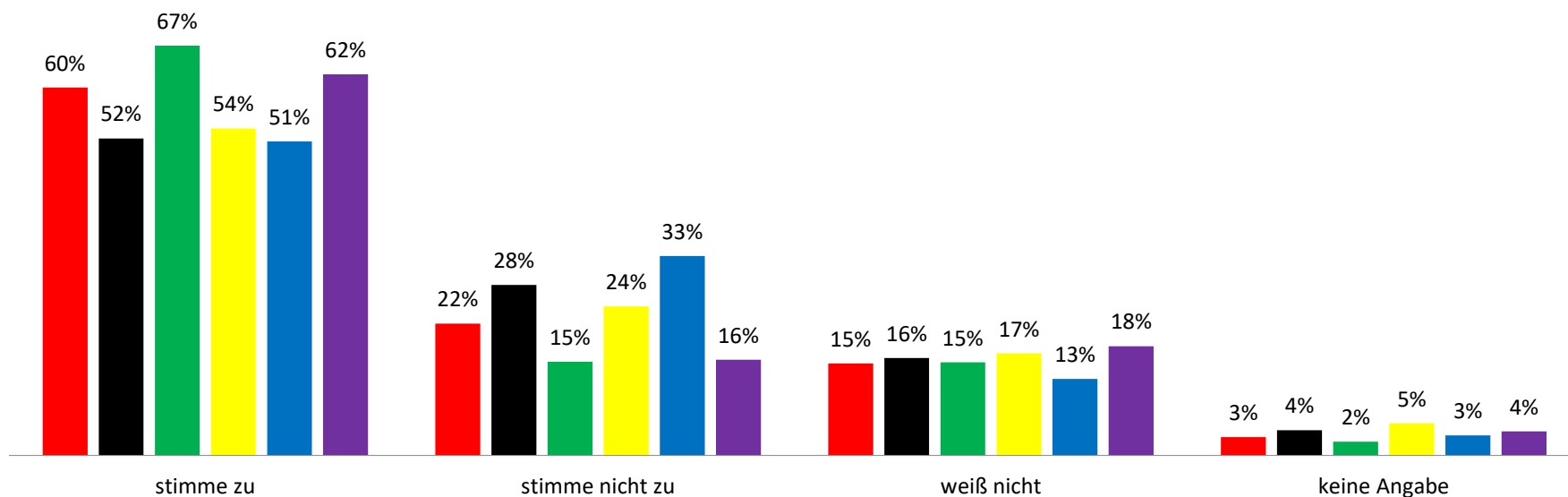


Auch wenn sämtliche Befragten Gruppen der Aussage jeweils mehrheitlich zustimmen, sinkt dieser Anteil, je weiter rechts sich die Befragten im politischen Spektrum positionieren (von 63 auf 52 %). Entsprechend umgekehrt verläuft dieser Trend bei jenen, welche der Aussage nicht zustimmen (von 17 auf 31 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Ich finde es gut, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden, weil damit ein Fehler aus der Zeit der Wiedervereinigung korrigiert wird.

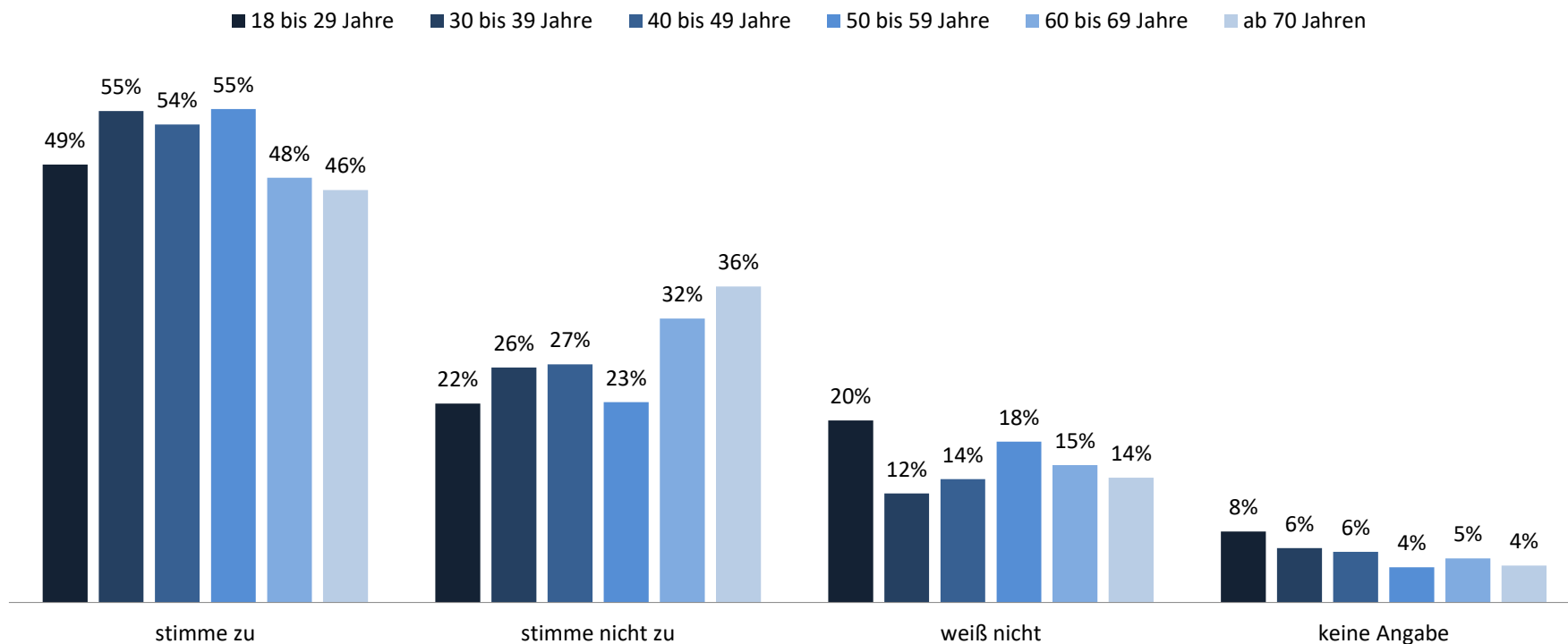
■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Sämtliche Wählergruppen finden es jeweils absolut-mehrheitlich gut, dass zumindest einige der Betroffenen einen finanziellen Ausgleich erhalten werden, wobei dies Wähler der Grünen (67 %) am häufigsten angeben, gefolgt von Wählern der Linkspartei (62 %) und der SPD (60 %; Rest: 51 – 54 %). Wähler der AfD stimmen dieser Aussage am häufigsten nicht zu (33 zu 15 – 28 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

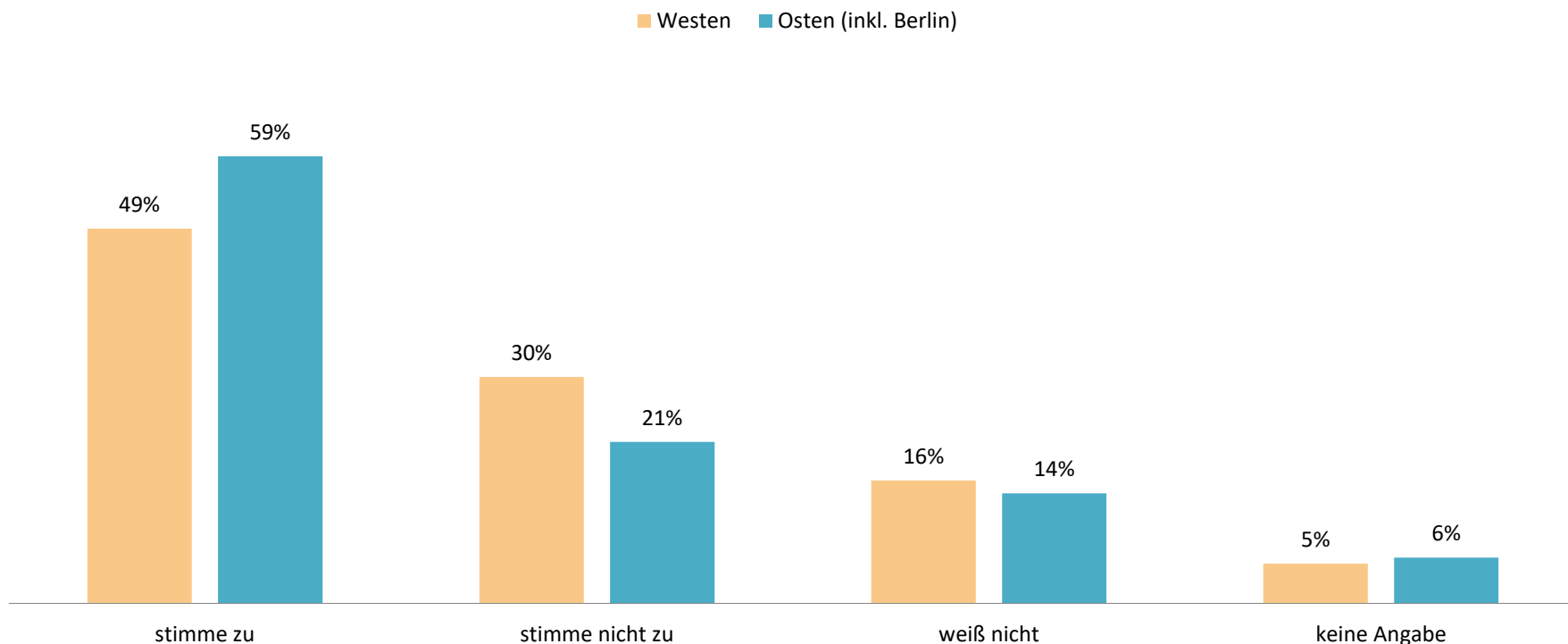
Ich empfinde es als ungerecht, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlung erhalten und nicht alle Betroffene.



Sämtliche Altersgruppen empfinden dies jeweils mehrheitlich ungerecht (46 – 55 %), wobei dies Befragte ab 60 Jahren häufiger nicht als ungerecht empfinden als jüngere (32 bzw. 36 zu 22 – 27 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Ich empfinde es als ungerecht, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlung erhalten und nicht alle Betroffene.

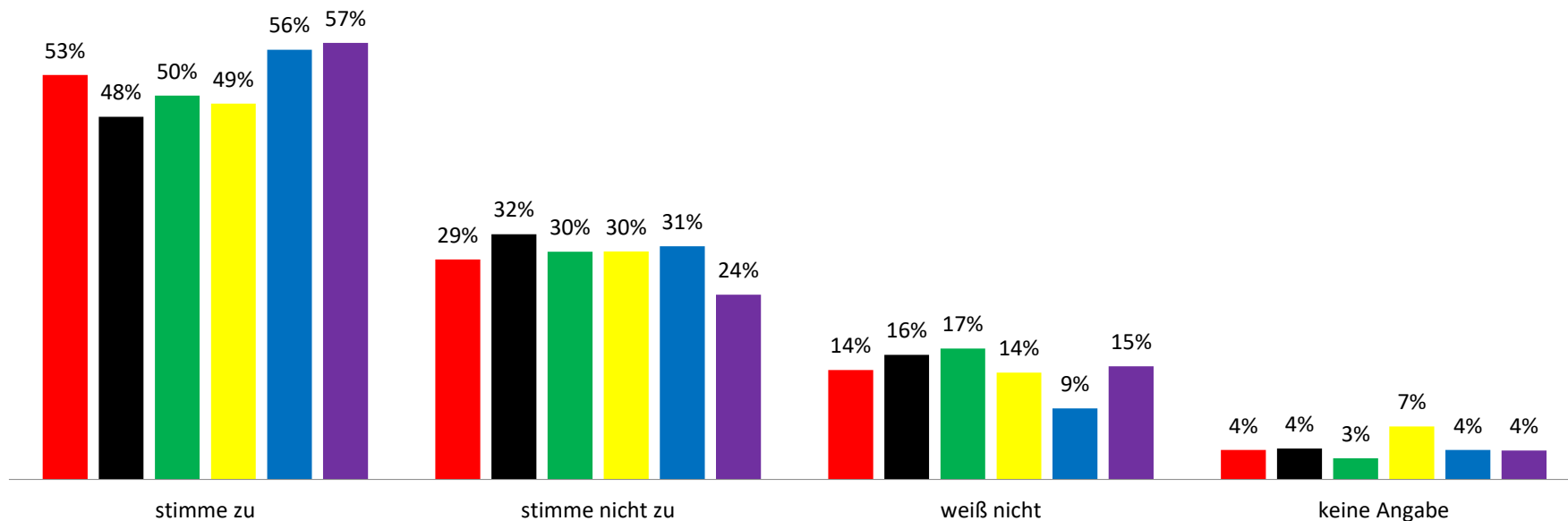


Sowohl Befragte aus dem Westen Deutschlands (49 %) empfinden es relativ-mehrheitlich und Befragte aus dem Osten Deutschlands (59 %) sogar absolut-mehrheitlich als ungerecht, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlungen erhalten und nicht alle Betroffenen.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Ich empfinde es als ungerecht, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlung erhalten und nicht alle Betroffene.

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke

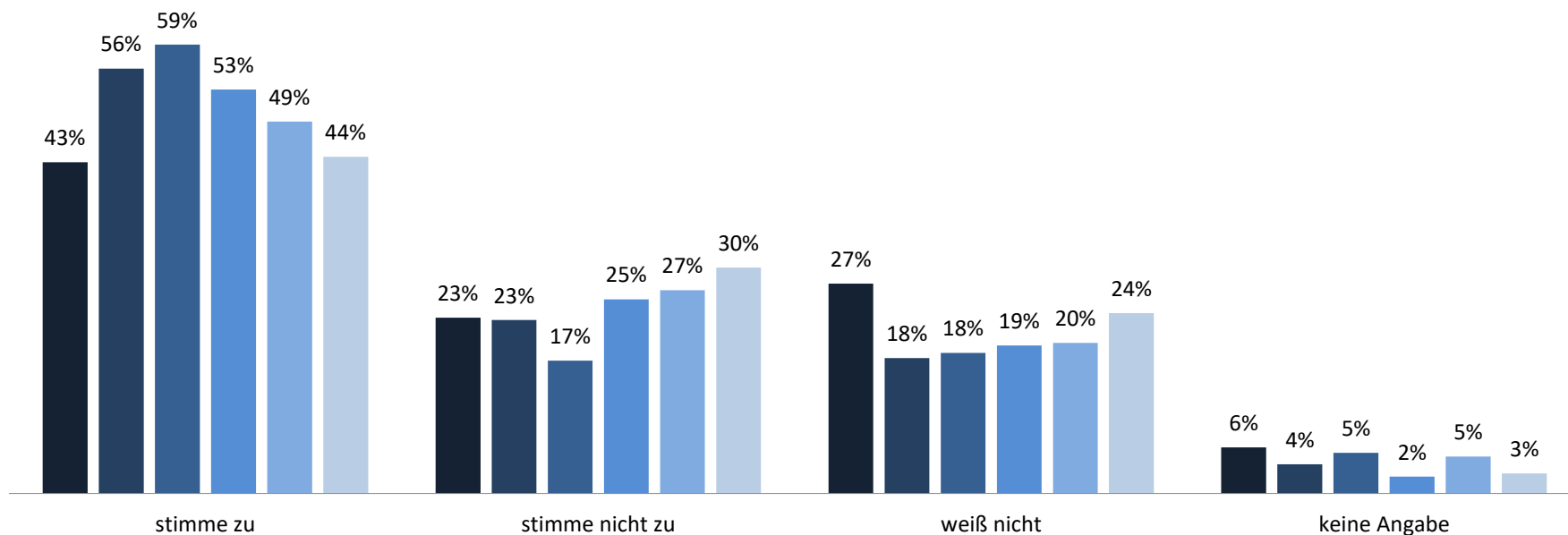


Sämtliche Wählergruppen empfinden es jeweils mehrheitlich als ungerecht, dass nur sozial bedürftige Ruheständler diese Einmalzahlungen erhalten und nicht alle Betroffenen, wobei dies Wähler von Union und FDP (48 bzw. 49 %) relativ-mehrheitlich und alle anderen Wählergruppen (50 – 57 %) jeweils absolut-mehrheitlich angeben.

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Statt einer Einmalzahlung (2.500 oder 5.000 Euro) sollten die kompletten Rentenansprüche aller Betroffenen vollumfänglich erstattet werden.

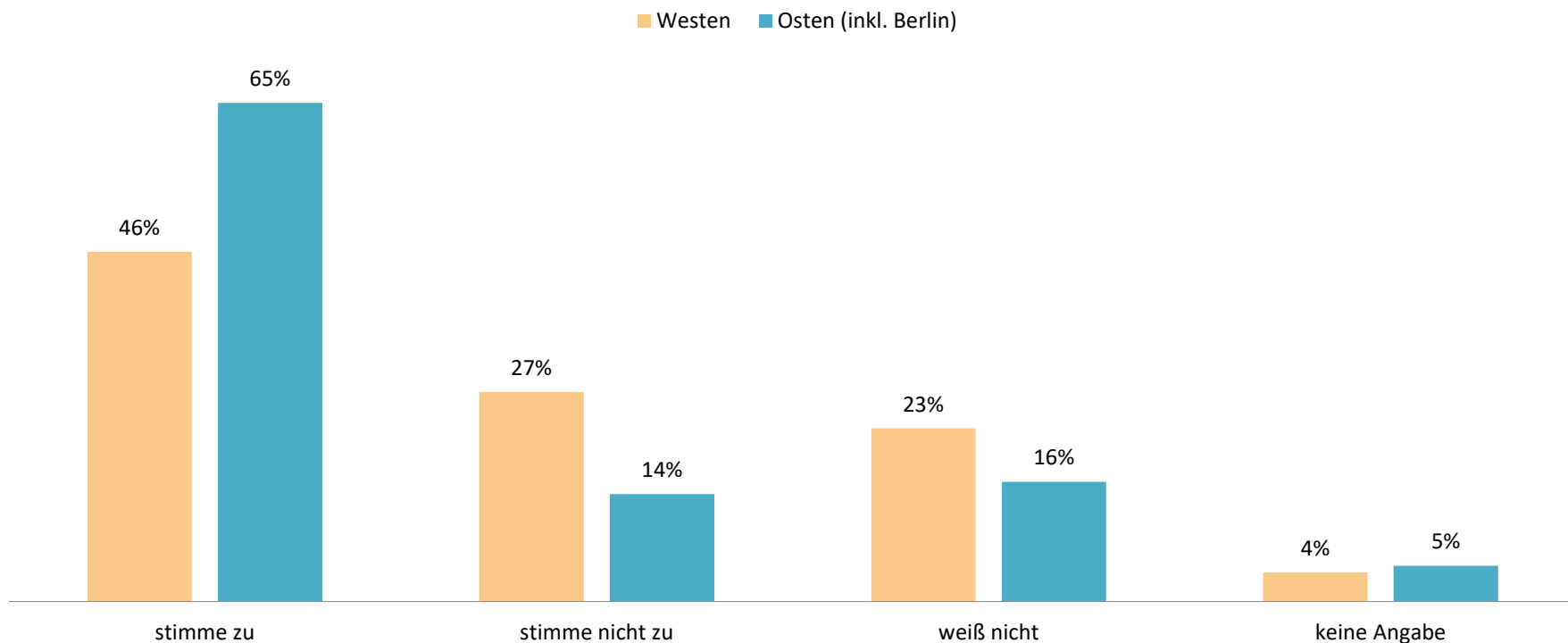
■ 18 bis 29 Jahre ■ 30 bis 39 Jahre ■ 40 bis 49 Jahre ■ 50 bis 59 Jahre ■ 60 bis 69 Jahre ■ ab 70 Jahren



Alle Altersgruppen sind jeweils mehrheitlich der Ansicht, dass die Rentenansprüche aller Betroffenen vollumfänglich erstattet werden sollten (43 – 59 %). Wiederum zeigt sich, dass die jüngsten Befragten häufiger nicht wissen, wie sie zur Aussage stehen (27 zu 18 – 24 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Statt einer Einmalzahlung (2.500 oder 5.000 Euro) sollten die kompletten Rentenansprüche aller Betroffenen vollumfänglich erstattet werden.

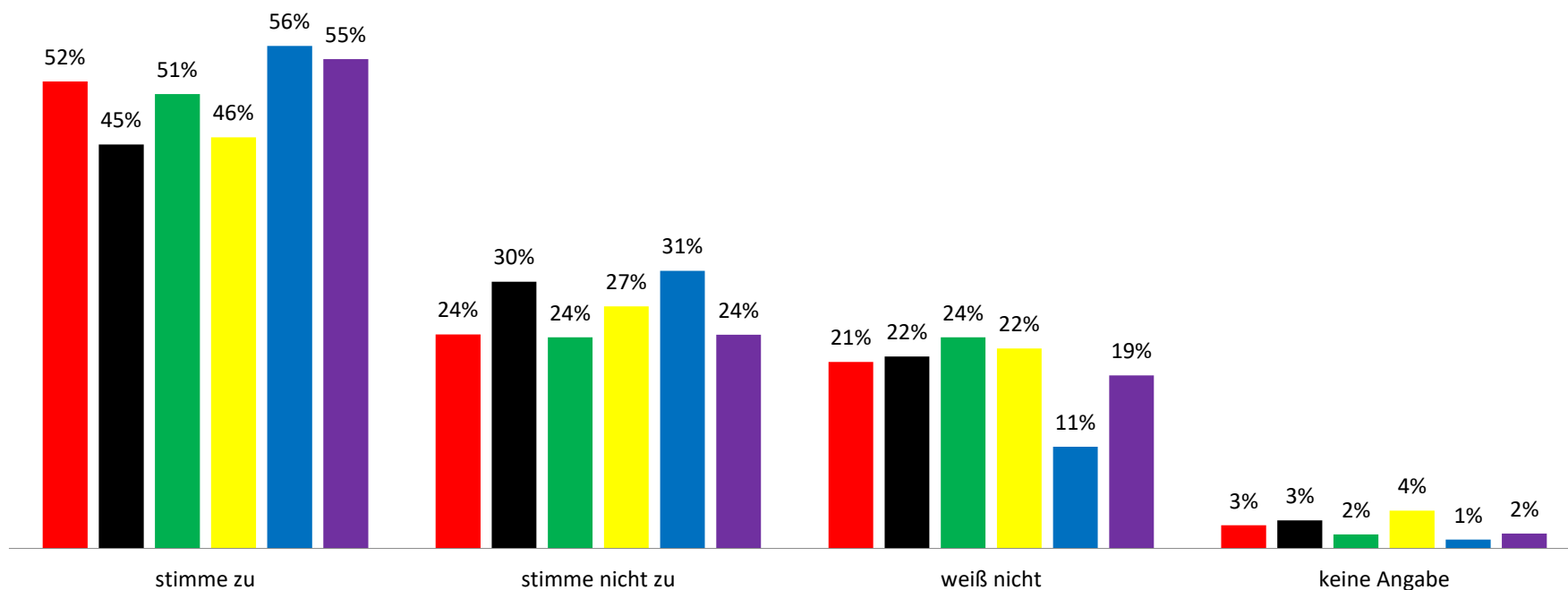


Befragte aus dem Osten Deutschlands fordern absolut-mehrheitlich die vollumfängliche Erstattung der Rentenansprüche aller statt einer Einmalzahlung (65 %). Befragte aus dem Westen Deutschlands fordern dies nur relativ-mehrheitlich (46 %) und stimmen entsprechend deutlich häufiger der Aussage nicht zu (27 zu 14 %), geben allerdings auch häufiger an, dass sie nicht wissen, wie sie sich hierzu positionieren sollen (23 zu 16 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

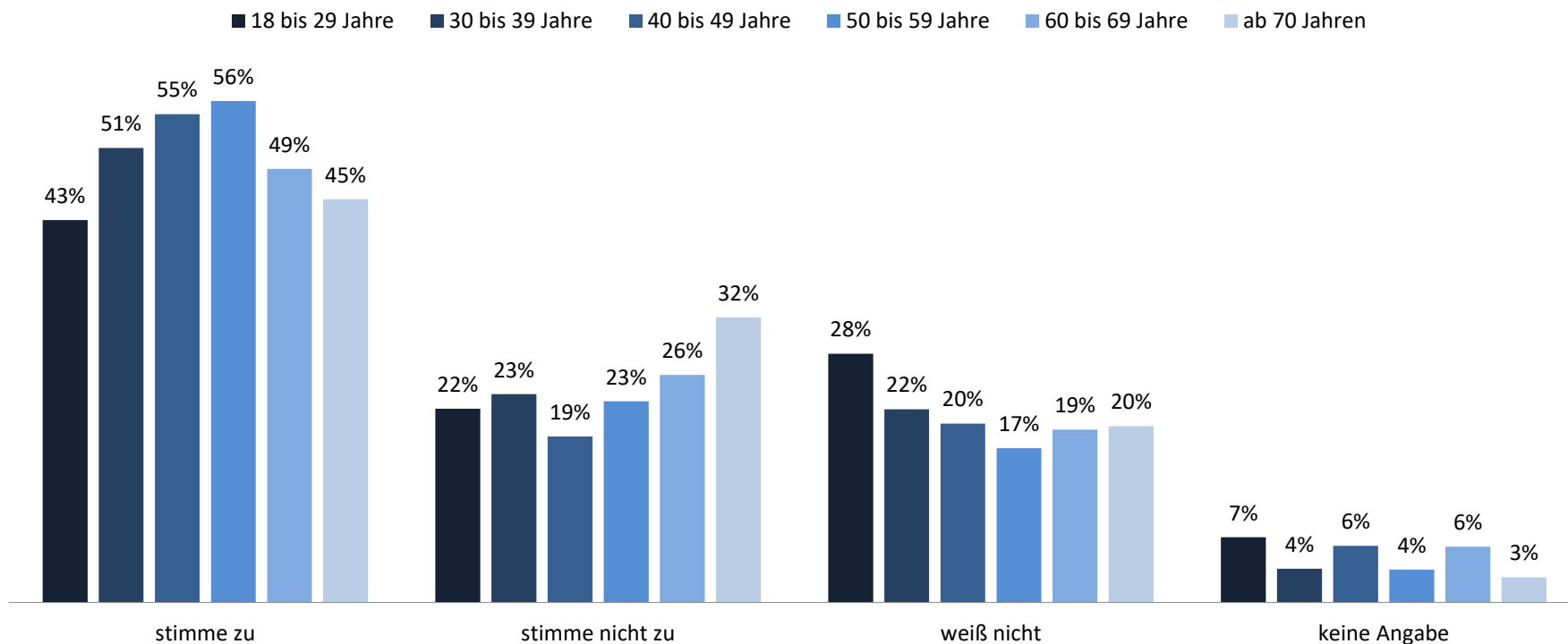
Statt einer Einmalzahlung (2.500 oder 5.000 Euro) sollten die kompletten Rentenansprüche aller Betroffenen vollumfänglich erstattet werden.

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Die vollumfängliche Rückerstattung der Rentenansprüche aller Betroffenen fordern sämtliche Wählergruppen mehrheitlich, wobei dies Unions- und FDP-Wähler (45 bzw. 46 %) jeweils relativ-mehrheitlich und alle anderen Wählergruppen (51 – 56 %) jeweils absolut-mehrheitlich tun.

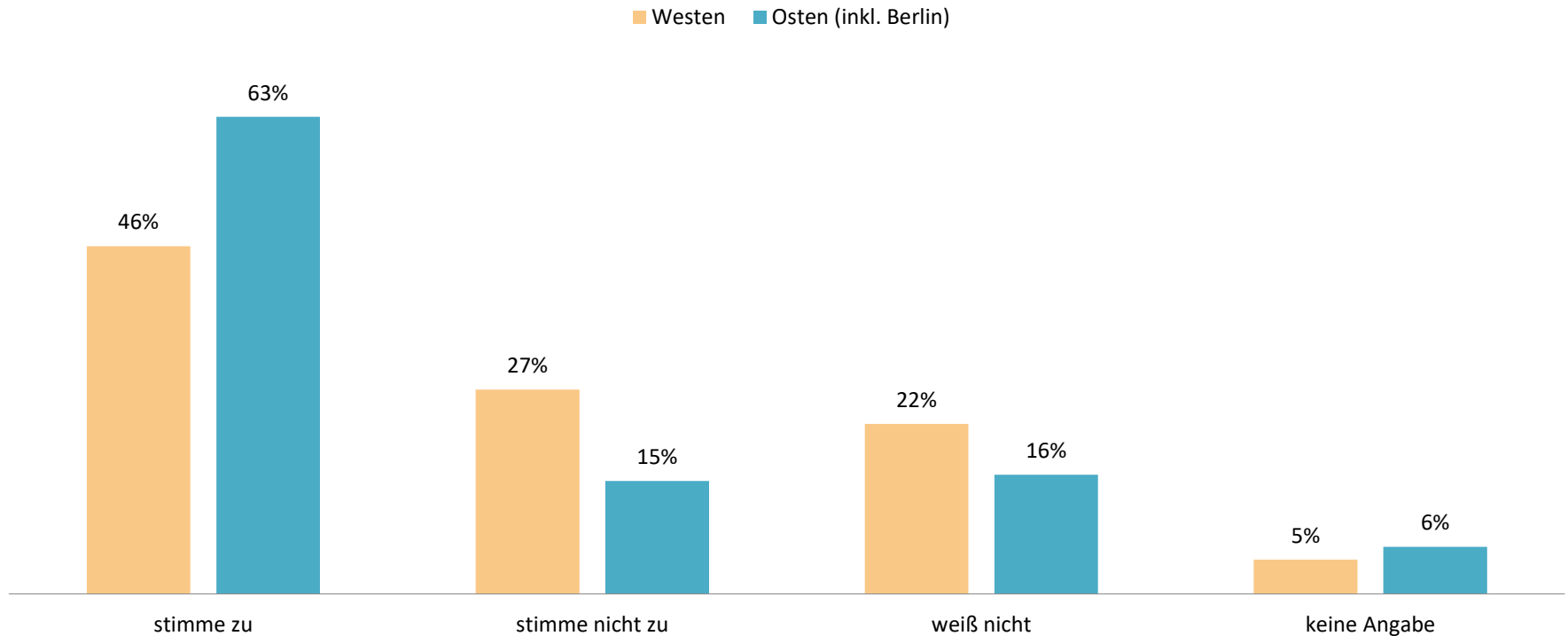
Auch die Bundesländer sollten sich neben dem Bund an der Finanzierung des Härtefallfonds beteiligen, damit 5.000 € anstatt 2.500 € gezahlt werden können.



Sämtliche Altersgruppen sprechen sich mehrheitlich für eine Beteiligung der Bundesländer an der Finanzierung des Härtefallfonds aus, sodass die Einmalzahlung auf 5.000 Euro ansteigen kann, wobei dies Befragte zwischen 30 und 59 Jahren (51 – 56 %) jeweils absolut-mehrheitlich und alle anderen Altersgruppen jeweils relativ-mehrheitlich angeben (43 – 49 %). Befragte ab 70 Jahren sprechen sich am häufigsten dagegen aus (32 zu 19 – 26 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

Auch die Bundesländer sollten sich neben dem Bund an der Finanzierung des Härtefallfonds beteiligen, damit 5.000 € anstatt 2.500 € gezahlt werden können.

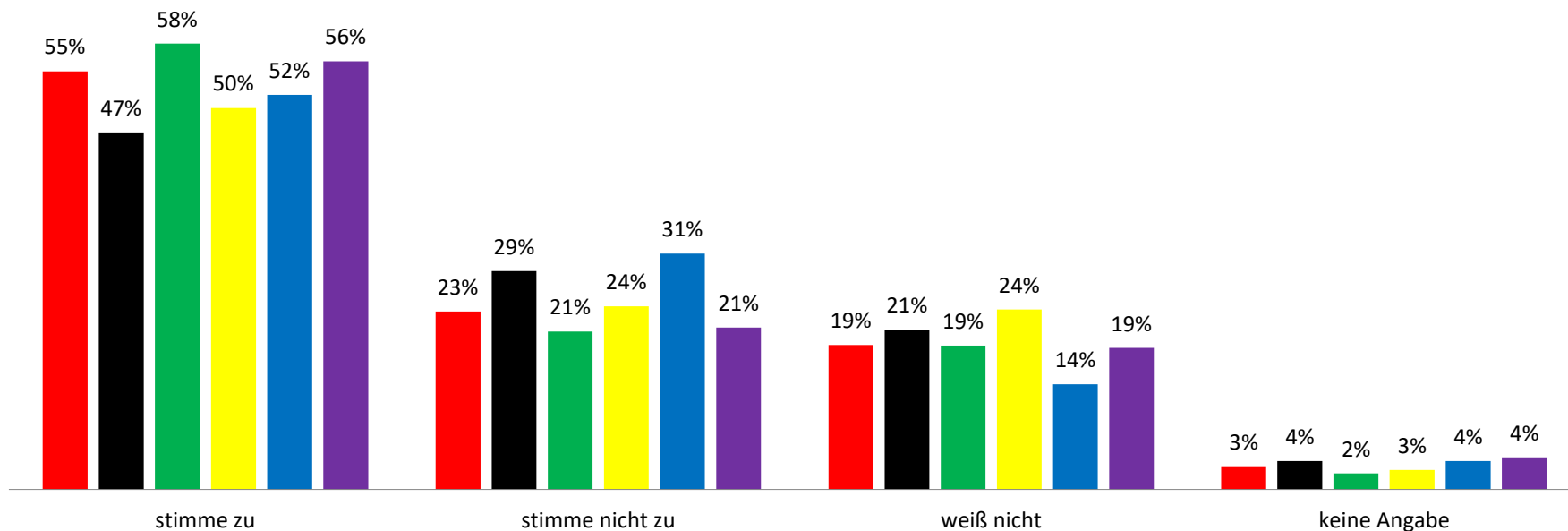


Während sich Befragte aus dem Osten Deutschlands (63 %) absolut-mehrheitlich dafür aussprechen, dass sich die Bundesländer neben dem Bund an der Finanzierung des Härtefallfonds beteiligen, damit 5.000 statt 2.500 Euro gezahlt werden können, tun dies Befragte aus dem Westen (46 %) relativ-mehrheitlich. Entsprechend sind diese deutlich häufiger dagegen (27 zu 15 %) bzw. wissen es nicht (22 zu 16 %).

Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung sind Rentenansprüche aus DDR-Zeiten zum Teil nicht in das bundesdeutsche System übernommen worden (z.B. Zusatzrenten für ehemalige Beschäftigte der Reichsbahn oder Post oder von zu DDR-Zeiten geschiedenen Frauen). Nun soll ein Härtefallfonds in Höhe von 500 Millionen Euro eingerichtet werden. Aus diesem Härtefallfonds sollen sozial bedürftige Ruheständler aus dem Osten Einmalzahlungen von 2.500 Euro bzw. 5.000 Euro im Fall einer Beteiligung der Bundesländer erhalten. Was halten Sie von den folgenden Aussagen im Zusammenhang mit dem Härtefallfonds?

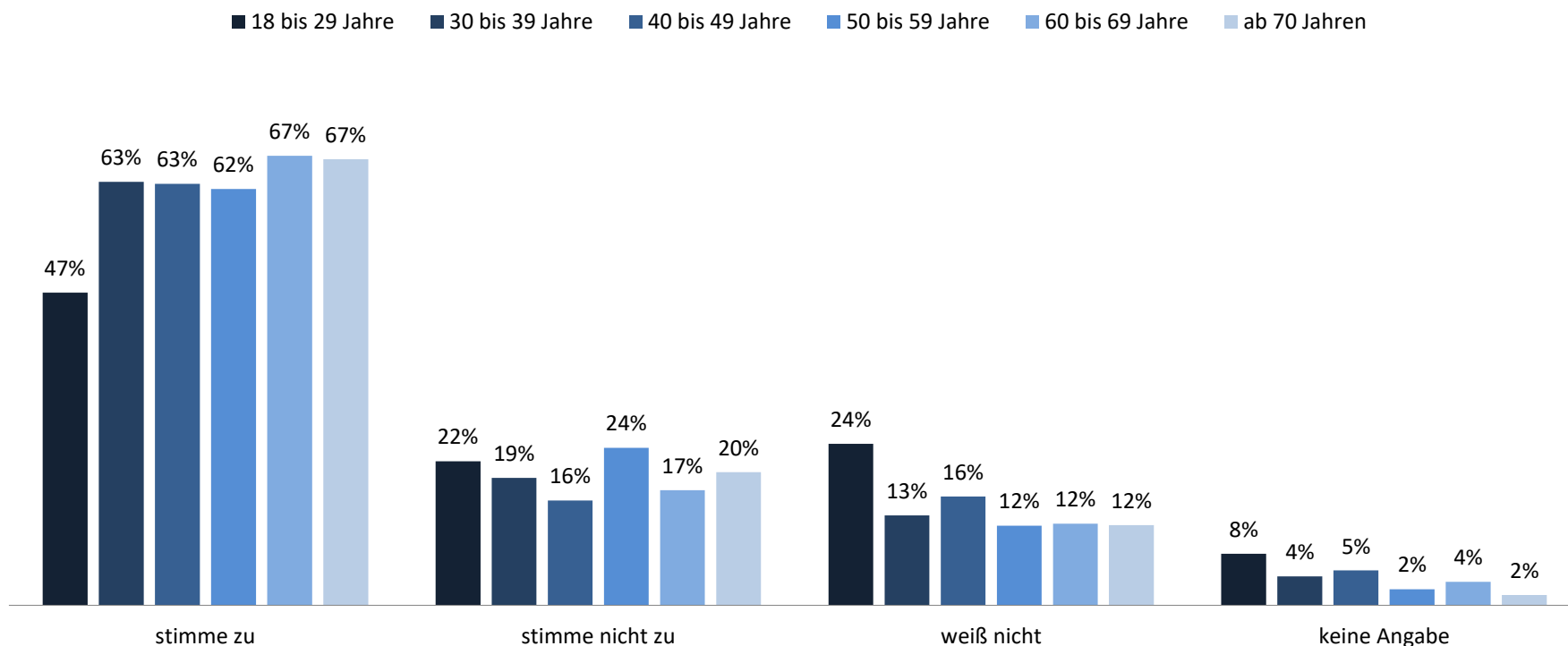
Auch die Bundesländer sollten sich neben dem Bund an der Finanzierung des Härtefallfonds beteiligen, damit 5.000 € anstatt 2.500 € gezahlt werden können.

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



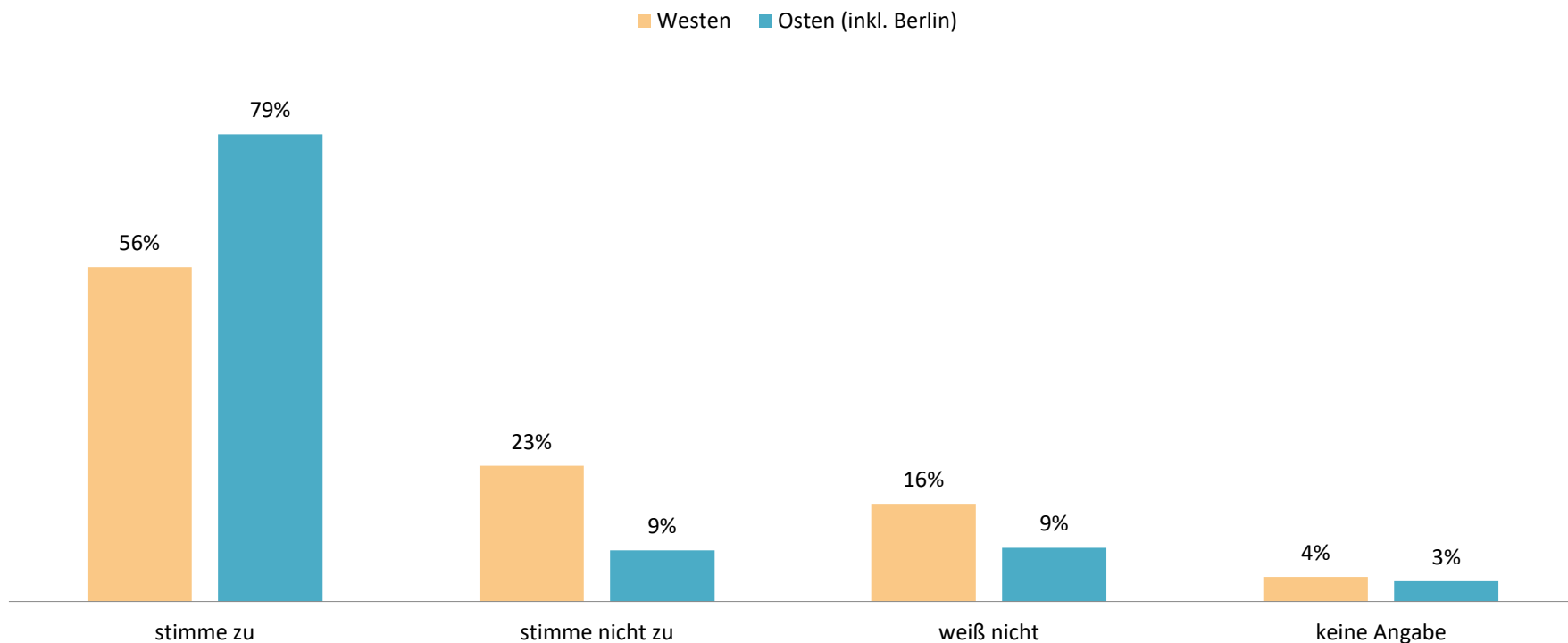
Eine Beteiligung der Länder an der Finanzierung des Härtefallfonds und eine damit einhergehende Erhöhung der Auszahlung auf 5.000 Euro fordern sämtliche Wählergruppen jeweils mehrheitlich, wobei dies Wähler der Union (47 %) am seltensten und Wähler der Grünen (58 %) am häufigsten angeben (Rest: 50 – 56 %). Wähler von Union und AfD (29 bzw. 31 %) sind häufiger als die anderen Wählergruppen (21 – 24 %) gegen diesen Vorschlag.

Die Angleichung der Ost- und Westrenten ist meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland.



Sämtliche Altersgruppen empfinden die Angleichung der Ost- und Westrenten als einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland, wobei dies Befragte unter 30 Jahren deutlich seltener angeben (47 zu 62 – 67 %). Die jüngsten Befragten wissen sich allerdings auch deutlich häufiger als die älteren hierzu nicht zu positionieren (24 zu 12 – 16 %).

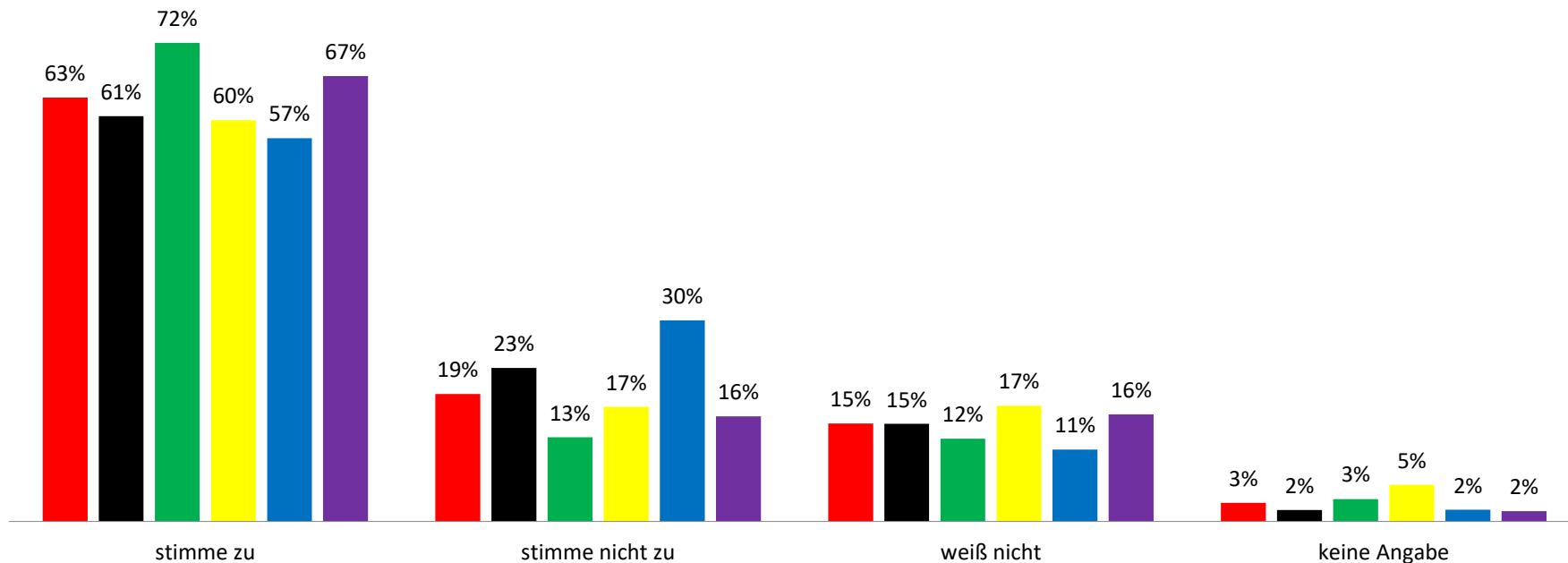
Die Angleichung der Ost- und Westrenten ist meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland.



Beide Befragtengruppen erachten die Angleichung der Ost- und Westrenten als einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland, wobei dies Befragte aus dem Osten deutlich häufiger bekunden (79 zu 56 %). Entsprechend halten dies Befragte aus dem Westen Deutschlands deutlich häufiger nicht für einen wichtigen Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland (23 zu 9 %). Allerdings geben sie auch häufiger an, dass sie nicht wissen, wie sie sich hierzu positionieren sollen (16 zu 9 %).

Die Angleichung der Ost- und Westrenten ist meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland.

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke



Sämtliche Wählergruppen sind der Meinung, dass die Angleichung der Ost- und Westrenten einen wichtiger Faktor für den Zusammenhalt in Deutschland darstellt, wobei dies Wähler der Grünen am häufigsten äußern (72 zu 57 – 67 %). Wähler der AfD sind häufiger als die anderen Wählergruppen nicht dieser Ansicht (30 zu 13 – 23 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.